

Die eigentumsrechtliche Problematik der »entarteten« Kunst

— Für den Juristen stellt sich die Frage, wie sich die Eigentumsverhältnisse an Werken darstellen, die im Zuge der Aktion »Entartete Kunst« beschlagnahmt wurden. Viele der Gemälde, Skulpturen und Graphiken wurden mehrfach verkauft, wechselten von Sammlung zu Sammlung und erzielten immer wieder spektakuläre Preise. Doch kann sich der Ersteigerer eines solchen Werks überhaupt seines Eigentums sicher sein? Muß er nicht Restitutionsansprüche derjenigen fürchten, welche die einstigen Eigentümer beerbten? Wird seine Rechtsstellung womöglich durch den Makel beeinträchtigt, auf eine Konfiskation zurückzugehen, die wir heute als Rechtsakt eines gewissenlosen Unrechtsstaats verurteilen?

— Grundsätzlich muß zwischen zwei Provenienzen unterschieden werden. Wurde ein Kunstwerk aus Privatbesitz beschlagnahmt, unterliegt sein Schicksal einer anderen juristischen Bewertung als ein Werk, das aus einem staatlichen Museum, also als Eigentum der öffentlichen Hand, eingezogen wurde. Die Beschlagnahme von Exponaten staatlicher Museen ist aus juristischer Sicht unproblematisch. Das Reich selbst war letztlich Eigentümer der Kunstschatze deutscher Museen, zumal die einzelnen deutschen Länder im Zuge der Gleichschaltung ihre eigene Staatlichkeit und damit auch eigenständige Eigentumsrechte an Vermögenswerten verloren hatten, so daß das Reich als Eigentümer frei darüber entscheiden konnte, was mit diesen Werken geschehen sollte. Wer vor diesem Hintergrund ein beschlagnahmtes Bild erwarb, konnte sich ohne Frage als vollumfänglicher Eigentümer gerieren und das Werk auch problemlos weiterveräußern oder vererben. Schwieriger dagegen ist der juristische Umgang mit Werken, die sich zur Zeit der Beschlagnahme in privaten Sammlungen oder als Leihgaben privater Personen im Besitz von Museums- und Kunstvereinen befanden. Wichtig ist hier zunächst, sich zu vergegenwärtigen, daß die entschädigungslose Einziehung von Kunstgegenständen aus Privateigentum - so barbarisch und willkürlich sie auch verlief - zumindest formaljuristisch durch das 1938 erlassene Einziehungsgesetz legitimiert wurde. Wie schon die Machtergreifung selbst den »legalen« Weg beschritten hatte, treffen wir hier wieder auf das so charakteristische Phänomen des Nationalsozialismus, daß auch die skrupellosesten Handlungen geschickt mit dem Schein der Legalität versehen wurden. Entscheidend für uns jedoch ist nicht allein die Frage, ob ein

die Beschlagnahmen legitimierendes Gesetz bestand, sondern zudem, ob Rechtsakte, die anhand dieses Gesetzes ergingen, aus heutiger Sicht als wirksam zu erachten sind.

The problems surrounding ownership rights to »degenerate« art

— For lawyers the question of the position as regards ownership of works that were confiscated in the course of the "Degenerate Art" campaign arises. Many of the paintings, sculptures and graphic works were sold several times and transferred from one collection to another, achieving spectacular prices again and again. But can the person bidding for such a work be really sure of his ownership? Does he not have to fear claims for restitution from the heirs of the one-time owners? Is his legal position possibly tainted by the stain of going back to a confiscation which we today condemn as a legal act by an unprincipled and unjust state?

— A fundamental distinction must be made between two provenances. If a work of art was confiscated from a private owner, from a legal point of view its fate must be judged differently from that of a work that was seized from a state museum, i.e. from public ownership. The confiscation of exhibits from state museums does not raise problems, from the legal angle. The Reich itself was ultimately the owner of the art treasures in German museums, especially as the individual German "Länder" had lost their own status as states and therefore also their independent ownership rights to assets in the course of "Gleichschaltung" (a National Socialist synchronisation process) so that the Reich as their owner could freely decide what was to become of the works. Anyone acquiring a confiscated picture against this scenario could unquestionably present himself as the full and complete owner, and could sell the work on or bequeath it without any problems. On the other hand the legal treatment of works that were in private collections or in the possession of museum and art associations as loans from private individuals at the time of confiscation is trickier. Here it is, first of all, important to realise that the sequestration of privately owned art items without compensation - however barbarically and arbitrarily it was carried out - was legitimized at least in formal legal terms by the sequestration law passed in 1938. Just as their seizure of power itself had followed a "legal" route, here again we

encounter the phenomenon so characteristic of National Socialism, namely that even the most unscrupulous actions were skilfully cloaked with the semblance of legality. However, what is crucial for us is not just the question of whether a law legitimizing the confiscations existed, but also whether legal acts which took place on the basis of that law, can be regarded as valid from the point of view of the present.

Ein Fall »gesetzlichen Unrechts«?

— Nach Kriegsende hat der Alliierte Kontrollrat die weitere Anwendung zahlreicher Gesetze verboten, die unter nationalsozialistischer Herrschaft ergingen. Kriterium für die Nichtanwendung war, ob die fraglichen Gesetze Diskriminierungen unter Anknüpfung an Rasse, Nationalität, Glaubenszugehörigkeit oder politische und weltanschauliche Überzeugungen enthielten. Zugleich wurden zahlreiche Verfügungen und Rechtsakte des nationalsozialistischen Staates angesichts derartiger Diskriminierungen für nichtig erklärt. Als das Einziehungsgesetz und die auf seiner Grundlage ergangenen Verfügungen von der Legal Advice Branch überprüft wurden, entschied man sich indes gegen eine Aufhebung. Die damals entscheidende Erwägung stützte sich darauf, den Erwerbern auf dem Kunstmarkt Rechtssicherheit zu gewähren und nicht die Grundlage der händlerischen Verwertung zu zerstören.

— Der bundesdeutsche Gesetzgeber hat ebenfalls von der Aufhebung des Einziehungsgesetzes abgesehen. Argumentiert wurde jeweils mit der auch von der deutschen Rechtsprechung wiederholt aufgegriffenen Überlegung, daß sich die Einziehung dieser Kunstwerke unterschiedslos gegen alle Inhaber derartiger Werke gerichtet habe. Wer genau ihr Eigentümer gewesen sei, habe bei der Beschlagnahme keine Rolle gespielt, so daß es auf die Kriterien der Rasse, Staatsangehörigkeit, Religion und politischen Anschauung letztlich gar nicht angekommen sei. In der Tat war weder die politisch-weltanschauliche Einstellung des Künstlers noch die des Sammlers für die ästhetische Tabuisierung dieser Werke ausschlaggebend. Sind die Beschlagnahmen somit als wirksam zu betrachten? Der einzige Ansatz, mit dem man ihre Rechtswirksamkeit in Frage stellen könnte, ist die von dem Rechtsphilosophen Gustav Radbruch entwickelte Kategorie des

»gesetzlichen Unrechts«, der zufolge der Widerspruch zwischen materiellem Recht und Gerechtigkeit ein derart unerträgliches Maß erreichen kann, daß einem Gesetz die Würde geltenden Rechts und damit die Rechtsnatur an sich aberkannt werden muß. Zur Wertung dieser Frage können wir als Indizien das Gerechtigkeitsverständnis der Alliierten sowie des bundesdeutschen Gesetzgebers heranziehen. Weder haben diese die Beschlagnahmungen für nichtig erklärt, noch sehen die von ihnen erlassenen Rückübertragungsgesetze zur Wiedergutmachung des nationalsozialistischen Unrechts eine Entschädigung vor. Bei der Einziehung »entarteter« Kunst wurde ästhetische Barbarei betrieben, ohne dabei jedoch rassistisch, politisch oder weltanschaulich zu diskriminieren. Die hohe Schwelle, um als »gesetzliches Unrecht« eingeordnet zu werden, erfüllen das Einziehungsgesetz und die auf seiner Grundlage ergangenen Beschlagnahmungen damit nicht. Sie sind folglich rechtswirksam zustande gekommen, so daß auch die Folgerwerber wirksames Eigentum an den Werken erlangen konnten.

___ Wir können also als Ergebnis festhalten: So moralisch unhaltbar die Verfolgung »entarteter« Kunst auch gewesen ist, aus juristischer Sicht kann keine Restitution verlangt werden. Nicht nur die Beschlagnahme aus staatlichen Museen, sondern auch die Enteignung aus privaten Sammlungen sind trotz all ihrer Verwerflichkeit wirksam vorgenommene Rechtsakte des von nationalsozialistischer Herrschaft dominierten Deutschen Reichs. Was bleibt, ist die moralische Dimension. Hier nehmen die betroffenen Werke auch weiterhin als Zeugnisse unfäßbarer Barbarei ein einzigartiges Kapitel in der Kunstgeschichte ein.

A case of »lawful injustice«?

___ *After the end of the war the Allied Control Council forbade the continued application of many laws which had been passed under National Socialist rule. The criterion for their ceasing to be applied was whether the laws in question contained discriminatory provisions connected with race, nationality, religious belief or political and ideological convictions. Numerous decrees and legal acts by the National Socialist state were immediately declared null and void in view of such discriminatory provisions. When the sequestration law*

and the decrees which passed on the basis of it were examined by the Legal Advice Branch, it was decided not to repeal it for the time being. The consideration that was decisive at the time was based on granting buyers legal security and not destroying the basis for commercial activity on the art market.

—Legislators in the Federal German Republic likewise refrained from repealing the sequestration law. The argument put forward at the time was the consideration frequently reiterated by German jurisdiction that the seizure of these works of art was directed at all owners of such works without distinction. Who precisely the owner was played no role in the confiscation, so that ultimately it had nothing to do with criteria involving race, nationality, religion or political attitude. In fact neither the political and ideological stance of the artist nor that of the collector was decisive when these works were placed under an aesthetic taboo.

Are the confiscations therefore to be regarded as valid? The only approach whereby their legal validity could be questioned is the category of "lawful injustice" developed by the legal philosopher Gustav Radbruch; according to this, the contradiction between material law and justice can reach such an intolerable level that the dignity of prevailing law and hence its very nature as law have to be denied to a legal provision. In assessing this question we can refer to the understanding of justice of the Allies and the Federal German legislators as indications. Neither did they declare the confiscations null and void, nor do the retransfer laws passed by them for the reparation of National Socialist injustice foresee any compensation. In the seizure of "degenerate" art aesthetic barbarism was perpetrated, but there was no racial, political or ideological discrimination. Therefore the sequestration law and the confiscations carried out on the basis of it do not reach the high threshold required to be classified as "lawful injustice". Consequently they came about in a legally valid way so that those who subsequently acquired the works could enjoy valid ownership of them.

—We can therefore establish by way of conclusion: however morally untenable the persecution of "degenerate" art was, from the legal point of view no restitution can be demanded. Both confiscation from state museums and expropriation from private collections, for all their obnoxiousness, are valid legal acts perpetrated by the German Reich under National Socialist rule. What remains is the moral dimension. Here the works in question still continue to occupy a unique chapter in art history as testimony to incomprehensible barbarism.